

3 Die Linde in Triesen hat einen neuen Besitzer
Das Traditionsgasthaus soll ab April wieder täglich öffnen.

9 Verbesserungen für Teilzeitkräfte in der IV
Schon ab März: Neue Berechnungsmethode bei der IV.

19 Hauchdünn am Podestplatz vorbei
Tina Weirather in der Abfahrt Vierte
Zweite Olympiamedaille um 16 Hundertstel verpasst



Volksblatt

GROSSAUFLAGE



Donnerstag, 22. Februar 2018
141. Jahrgang Nr. 39

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Heute

Generationsfragen
Senioren-Kolleg mit François Höpflinger



Um 15.15 Uhr referiert Prof. François Höpflinger (Uni Zürich) in der PS Mauren zum Thema «Generationenbeziehungen und Generationenprojekte – neue Entwicklungen und Perspektiven».

Inland Erneut wurden mehr Fahrzeuge in Liechtenstein zugelassen. Porsche ist zwar beliebter als Suzuki, schlägt Volkswagen aber bei Weitem nicht vom Thron der häufigsten Automarken. **Seite 5**

Sport Nicolas Hasler ist mit dem Toronto FC gut ins Jahr 2018 gestartet. Im Achtelfinal-Hinspiel der CONCACAF Champions League gewann der MLS-Champion auswärts in Denver bei den Colorado Rapids 2:0. **Seite 23**

Kultur 2021 werden in Vaduz die «International Classical Music Awards» verliehen, bei denen das Sinfonieorchester Liechtenstein nicht nur die Organisation innehat, sondern auch im Galakonzert die Solisten begleitet. **Seite 27**

Zitat des Tages



«Väter können genauso stillen.»

INGE DE BEUS
DIE STILLBERATERIN MIT IBCLC-ZERTIFIZIERUNG ÜBER DEN TRUGSCHLUSS, DASS DIE MUTTERMILCH ENTSCHEIDEND SEI, UM DIE BINDUNG ZWISCHEN MUTTER UND KIND ZU STÄRKEN. VIELMEHR GEHE ES UM DIE NÄHE UND DEN KÖRPERKONTAKT. **SEITE 7**

Wetter Hochnebelartig bedeckt und kaum Auflockerungen. **Seite 30** -2° 0°

Inhalt

Inland	2-15	Kultur	27-29
Ausland	16	Kino/Wetter	30
Wirtschaft	17+18	TV	31
Sport	19-25	Panorama	32

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verbund Südostschweiz



Reiche Gemeinden, armer Staat? Regierung soll über die Bücher

Vorstoss Wie fair ist der Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden, und sind die Aufgaben sinnvoll verteilt? Diesen Fragen soll die Regierung nachgehen. Die Landtagsfraktion der FBP hat ein entsprechendes Postulat eingereicht.

VON DORIS QUADERER

«Es kann nicht sein, dass der Staat elf Töchter hat, denen es sehr gut geht und er selbst lebt im Dauersparmodus», hatte der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert bereits im Oktober-Landtag moniert und vorgerechnet, dass die Gemeinde Vaduz mit seinen Reserven allen Bürgern 24 Jahre lang die Grundprämie der Krankenversicherung bezahlen könnte. Damals ging es um eine Interpellation der VU, die sich dem Thema nach dem Publikwerden einer Studie der **Stiftung Zukunft.li** angenommen hatte. Die Regierung vertrat darauf die Meinung, dass man nicht den kompletten Finanzausgleich auf den Kopf stellen müsse, um zu erreichen, dass Gemeinden wie Schaan oder Vaduz weniger Überschüsse erzielen. Ausserdem resümierte die Regierung, dass «eine komplette Neuausrichtung des Finanzausgleichsystems mit erheblichem Aufwand und Planungsunsicherheit für die Gemeinden verbunden wäre.» Im Gegenzug schlug die Regierung vor, vorerst Massnahmen zur Reduktion der Steuerkraftunterschiede im Rahmen des bestehenden Systems zu prüfen. Mit dem ges-

«Der Spardruck war bei den Gemeinden wesentlich kleiner als beim Staat.»

WENDELIN LAMPERT
FBP-ABGEORDNETER



FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry, FBP-Präsident Thomas Banzer und der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert glauben, dass die Finanzausweisungen nachjustiert werden müssten, sie wollen von der Regierung Vorschläge. (Foto: Zanghellini)

tern vorgestellten Postulat will die FBP-Landtagsfraktion die Regierung zu genau dieser Prüfung einladen. Die FBP-Abgeordneten erwarten konkrete und quantifizierte Anpassungsvorschläge im Rahmen des bestehenden Finanzausgleichssystems, die zu einem angemessenen Ausgleich der Steuerkraft unter den Gemeinden sowie dem Staat und den Gemeinden führen können. Im Endeffekt müsse es darum gehen, das Land mit den finanziellen Mitteln auszustatten, damit es seinen Aufgaben nachkommen könne, so Lampert. Wie umfassend diese Aufgaben

sein sollen, das ist der zweite Kernpunkt des Postulates.

Staats- oder Gemeindeaufgabe?

Die Postulanten wollen nämlich auch wissen, was der Nutzen und die Konsequenzen einer weiteren Entflechtung von Landes- und Gemeindeaufgaben wären. «Wenn wir am Finanzausweisungssystem schrauben, dann müssen wir uns auch die Frage stellen, wer eigentlich was bezahlen soll», erklärte der FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry. Deshalb werde die Regierung aufgefordert, Vorschläge zu machen, in welchen Bereichen eine weitere Entflechtung der Aufgaben- und Finanzierungszuständigkeiten zwischen Staat und Gemeinden aus Sicht der Regierung sinnvoll wä-

re. Auch zu diesen Mischfinanzierungen von Land und Gemeinden hatte die **Stiftung Zukunft.li** bereits Aussagen gemacht und in vier finanziell wesentlichen Bereichen eine Vermischung der Aufgaben und Finanzierung festgestellt: Dies beispielsweise in den Bereichen Bildung, Alterspflege, Ergänzungsleistungen und Wirtschaftliche Sozialhilfe.

3-Punkte-Programm der FBP

Das Postulat ist Teil eines 3-Punkte-Programms: Die FBP will sich pro Halbjahr drei Themen aus dem Wahlprogramm vertieft annehmen. In diesem Halbjahr sollen nach dem vorgelegten Postulat noch Vorstösse zu den Bereichen Sportstätten und Lohnleichheit folgen.

Gegen PostAuto Schweizer Justiz lehnt eine Strafuntersuchung ab

BERN PostAuto hat mit Buchhaltungstricks Subventionen erschlichen. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) zeigte das Unternehmen deshalb bei der Bundesanwaltschaft an. Diese hält sich nicht für zuständig. Die in der Strafanzeige geltend gemachten Widerhandlungen fielen unter das Verwaltungsstrafrecht, schreibt die Bundesanwaltschaft in einer Mitteilung vom Mittwoch. Sie hat keinen hinreichenden Verdacht, dass Straftaten gemäss Strafgesetzbuch begangen wurden. Daher hat weder die nationale noch die kantonale Strafverfolgungsbehörde eine gesetzliche Grundlage, um die überhöhten Subventionsbezüge zu untersuchen. Stattdessen muss das BAV nun selber eine Strafuntersuchung durchführen. Infrage kommen Verstösse gegen das Subventionsgesetz. Dieses stellt Delikte wie

Leistungs- und Abgabebetrug, Urkundenfälschung oder das Erschleichen eines Vorteils mit falschen Angaben unter Strafe.

Opfer und Richter zugleich

Das Verwaltungsstrafrecht kommt grundsätzlich dann zum Tragen, wenn die öffentliche Hand und nicht eine Privatperson oder ein Unternehmen geschädigt wurde. Die beteiligte Verwaltung - im Fall PostAuto das BAV - muss eine Untersuchung durchführen. Dabei kann sie die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen. Die Verwaltung spricht auch die Strafe aus, sofern es sich nicht um eine Freiheitsstrafe handelt. Käme das BAV also zum Schluss, dass eine allfällige Straftat mit Gefängnis bestraft werden sollte, müsste es den Fall einem Gericht übergeben. (sda)

Wegen Dritteinwirkung

Stromausfall in Vaduz und Triesen

VADUZ Ein Stromausfall ereignete sich am gestrigen Mittwoch in Teilen von Vaduz und im Quartier Messina in Triesen, wie die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) mitteilten. Wegen eines Kurzschlusses an einem Hochspannungskabel schaltete um 13.35 Uhr ein Teil der Stromversorgung in Vaduz ab. Da sich der Kurzschluss in unmittelbarer Nähe beim Umspannwerk Triesen ereignete, war der Spannungseinbruch im gesamten Versorgungsgebiet von Vaduz, Triesen und Triesenberg spürbar. Ab 14.15 Uhr konnte die Stromversorgung für Vaduz wieder regulär aufgebaut werden - um 14.35 Uhr auch für das Ortsnetz Messina. Die Ursache für den Kurzschluss: Bei Baumeisterarbeiten im Triesener Industriegebiet wurden Rohr- und Kabelanlagen der LKW beschädigt. (red/pd)

Fussball

Internationaler Kräftevergleich

SCHAAN Liechtensteins U17-Herren-Nationalmannschaft bestreitet auf Malta ein UEFA-Development-Turnier. Die Gegner sind Gibraltar, Andorra und Gastgeber Malta. **Seite 23**

ANZEIGE

SUBWAY
Sub of the day
CHF 5.50
Jeden Tag ein spezielles, frisch vor deinen Augen zubereitetes Sandwich.
Subway® ist eine eingetragene Marke von Subway IP Inc. ©2017 Subway IP Inc.